

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. C. Geyer
Sprechsprecher: Fritz Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Expedient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartaalstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 14. Juni 1932.

Deutschland, erwache!

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Die Regierung der Barone hat ihr Gesicht gezeigt. Die neue Notverordnung ist da und sie ist so, wie diese ganze Regierung! Man konnte von der Regierung der Barone keine soziale Gerechtigkeit erwarten und wir haben nichts anderes vorausgesehen, als dass diese Regierung gegen die Erwerbslosen wie gegen die gesamte werktätige Bevölkerung wüten würde! Niederschmetternd aber muss der Eindruck dieser Notverordnung auf jene Bevölkerungsschichten sein, die der Nationalsozialistischen Partei nachgelaufen sind weil sie geglaubt haben, dass sie ihnen die Steuerlast verringern und ihr Einkommen erhöhen würde! Verrauht sind nun die Lügen der nationalsozialistischen Propaganda. Die Hoffnungen der nationalsozialistischen Mitläufer sind bitter enttäuscht und es bleibt nur die Notverordnung des Kabinetts der Barone!

Die bisherigen Notverordnungen waren hart und drückend. Sie enthielten genug an sozialer Ungerechtigkeit, trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie, die der sozialen Reaktion mit allen ihren Kräften in den Weg getreten ist. Bei dieser Notverordnung aber ist keinerlei Gegenkraft wirksam gewesen! Das Kabinett der Barone hat sich sicher gefühlt, dass die Nationalsozialistische Partei, auf die es sich stützt, ihm bei dem Anschlag gegen das Volk nicht in den Weg treten würde. So zeigt sich unverhüllt das Gesicht der sozialen Reaktion.

Gewaltig sind die Lasten, die die Barone dem werktätigen Volk auferlegen - und nur dem werktätigen Volk! Das Einkommen der Erwerbslosen wird insgesamt um über 1/2 Milliarde gekürzt, der Versicherungscharakter der Arbeitslosenversicherung wird völlig vernichtet. Die Sätze werden im wesentlichen auf das Niveau der Sätze der Wohlfahrtsunterstützung herabgebracht und diese Sätze sind um 15 % gekürzt worden! Mit den Erwerbslosen leiden die Rentner aus der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Mit ihnen die Kriegsoffer! Die Militärpensionen aber, vor allem die hohen Militärpensionen werden selbst angesichts dieser brutalen Beschneidung des Einkommens der ärmsten Volksschichten nicht angetastet!

Dazu tritt eine neue steuerliche Belastung der werktätigen Bevölkerung. Die Krisenlohnsteuer wird ersetzt durch eine Abgabe für die Arbeitslosenhilfe. Die Sätze dieser Abgabe sind um 1 1/2 Prozent höher als die Sätze der bisherigen Krisenlohnsteuer. Dazu tritt eine Belastung der Beamten mit 1 1/2 Prozent des Einkommens. Für die veranlagten Krisensteuerpflichtigen aber tritt keine Erhöhung des Satzes ein! Sie zahlen lediglich noch eine Rate der bisherigen Steuer. Nichts darüber hinaus - keine Belastung der hohen Einkommen oder der hohen Vermögen, die nicht unter diese Kategorien fallen! Die reichen Leute bleiben vollständig ungeschoren. Von ihnen fordert der Staat keinerlei Solidarität mit den notleidenden Volksgenossen. In dieser Notverordnung vertritt der Staat die brutale Auffassung: Mögen die arbeitenden Klassen sich selber helfen, die besitzenden Klassen haben keinen Anlass für sie zu sorgen! Das ist der Standpunkt des nacktesten und brutalsten Klassenkampfes von oben, der Begünstigung

der Reichen! Es ist die krasseste Plutokratie! Das ist das wahre Gesicht jener Regierung, die auf den Schultern der Nationalsozialistischen Partei steht

Fügen wir noch hinzu, dass die Änderungen bei der Umsatzsteuer weit über 100 Millionen Mark einbringen sollen, dass eine Steuer von 6 Pfennigen pro Pfund Salz eingeführt, dass aber andererseits die sogenannte Aufbringungsumlage, die die grossen Betriebe trifft, ganz erheblich verkürzt worden ist, so vollendet sich das Bild. Noch eine Einzelheit: Diese Regierung, die in ihren Erklärungen so viel Wert auf das Christentum gelegt hat, dekretiert, dass ohne Rücksicht auf Lohn und Einkommen für die Kirchensteuer gepfändet werden kann, wenn sie seit drei Monaten fällig ist!

Wo aber bleibt die Arbeitsbeschaffung? Dafür hat das Kabinett der Barone einige wenige dürftige Worte, die nicht einmal Versprechungen sind. Keine Arbeitsbeschaffung, Abbau der Erwerbslosenhilfe, Abbau der Sozialversicherung, schwere Belastung der armen Klassen und Begünstigung der Reichen - das ist es was das Anwachsen der Nationalsozialisten über das deutsche Volk gebracht hat

Das Gesicht des dritten Reiches hat sich enthüllt. Die Erwartungen der Reaktionen gehen in Erfüllung. Ein Reichsarbeitsminister, der die Erklärung abgibt, dass man die Invalidenrenten eigentlich hätte halbieren müssen, der ist sicher nach dem Herzen der sozialen Reaktion! Hier handelt es sich nicht mehr um Massnahmen zur Sanierung der Sozialversicherung, die durch die Not erzwungen wäre, sondern um Einschränkungen, die bewusst den Generalabbau einleiten sollen! Die Organe der Scharfmacher nennen dies triumphierend "Liquidation der sozialpolitischen Misswirtschaft". Für sie wird die Sozialpolitik erst ordentlich bewirtschaftet sein, wenn die Notleidenden tot und die Sozialpolitik restlos abgebaut ist.

Für diese Notverordnung trägt das Kabinett der Barone eine ungeheure Verantwortung vor dem Volke! Mit der Reichsregierung trägt die Verantwortung die Nationalsozialistische Partei! Die Regierung wie die Partei, die sie trägt - sie wissen beide was sie zu verantworten haben! Das Kabinett der Barone hat bei der Verkündung seiner Notverordnung in der Person der verantwortlichen Ressortminister einen zerfahrenen und mutlosen Eindruck gemacht. Die Nationalsozialistische Partei aber zeigt jetzt schon deutlich ihre Furcht, dass das Volk angesichts des Schlages, den es durch diese Notverordnung erhält, den nationalsozialistischen Volksbetrug durchschauen werde. Sie schreit nach Gewaltmassnahmen und nach Unterdrückung gegen die Kritiker des Kabinetts der Barone. Das ist die Sprache des schlechten Gewissens! Die Partei des Herrn Hitler kann sich der Verantwortung nicht entziehen. Sie steht vor dem Volke als die Partei der Reichen gegen die Armen, die Partei der schlimmsten Bedrücker des werktätigen Volkes, die Partei der Plutokratie!

Jetzt ist die Stunde gekommen, in der es heisst: Deutschland erwache! Erwache aus dem Wahn, den die nationalsozialistischen Volksbetrüger hervorgerufen haben! Die soziale Reaktion hat ihr Gesicht enthüllt. Sie steht auf den Schultern der Nationalsozialisten und ihre Taten bedeuten Elend für das ganze werktätige Volk!

SPD. Die neue bürgerliche Partei, die sich Deutsche Nationalpartei nennen will, obwohl sie von dem treffenden Namen Schleicher-Partei nicht loskommen wird, hatte auf die Persönlichkeit des Luftschiffführers Dr. Hugo Eckener gerechnet. Dr. Eckener hat jedoch am Dienstag eine telegrafische Absage nach Berlin gelangen lassen. Er ist auf der Gründungsversammlung am Dienstag-Abend nicht erschienen.

SPD. Frankfurt/M., 14. Juni (Eig. Dr.)

Die Frankfurter Justizbehörden haben zwei Massnahmen getroffen, die den allerschärfsten Protest herausfordern müssen. Der Untersuchungsrichter hat die beiden nationalsozialistischen Sprengstoffattentäter, die im vorigen Jahre im Roxy-Palast, während der Aufführung des Filmes "Im Westen nichts Neues" Sprengstoffattentate verübten, freigelassen. Auch der Nazi-Rowdy, der vor einigen Wochen den Frankfurter Sozialdemokraten Braun lebensgefährlich verletzte, ist in Freiheit gesetzt worden.

Die Freilassung der Roxy-Attentäter wird damit begründet, dass die Sprengladung, die aus einem mit Dynamit gefüllten Bleirohr und einer Eierhandgranat bestand, von dem Architekten Hofmann, der sich als Sammler von Kriegsandenken bezeichnet und offenbar ein Bastler sei, aus den "einfachsten Mitteln" hergestellt worden sei. Die Attentäter wurden in Freiheit gesetzt, obwohl der eine nationalsozialistische Angeklagte, Schumann, ein volles Geständnis abgelegt hat.

Die Freilassung des Nazi-Rowdys Riester, der mit 15 anderen Nazis vier Reichsbannerkameraden auflauerte und dem Unterführer der Eisernen Front, Braun mit einer Zaunlatte einen lebensgefährlichen Schädelbruch beibrachte, kennzeichnet den Geist der Frankfurter Justiz in noch höherem Masse. Während heute, nach $3\frac{1}{2}$ Wochen, das Opfer des Attentates noch immer vernehmungsunfähig, weil gelähmt und der Sprache beraubt, darniederliegt, lässt man den Mordbuben laufen, weil angeblich Verdunkelungsgefahr nicht mehr gegeben zu sein scheint. Wie blutiger Hohn mutet die Behauptung des Attentäters an, der in "Notwehr" gehandelt haben will! Mögen die Ausreden der Nazis auch noch so dumm sein, es gibt eben immer wieder Richter, die sie nur gar zu gern als Wahrheit nehmen.

SPD. Dessau, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Im anhaltischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion aus Anlass der Stillegung eines der grössten Dessauer Betriebe eine Anfrage an die Nazi-Regierung eingebracht, deren Beantwortung von einem Allgemeininteresse sein wird. Die sozialdemokratische Fraktion fragt die nationalsozialistische Regierung, was sie zu tun gedenke, um die 1400 betroffenen Arbeiter und Angestellten der Dessauer Zuckerraffinerie vor dem Schicksal unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu bewahren und den Punkt 13 des nationalsozialistischen Parteiprogramms zu wahren. Die sozialdemokratische Fraktion macht in der Begründung darauf aufmerksam, dass der Naziministerpräsident Dr. Freyberg bei Antritt seines Amtes erklärt habe, er sei nicht vom anhaltischen Landtage sondern von seinem Parteiführer Adolf Hitler eingesetzt. Man dürfe wohl dann von ihm erwarten, dass er entsprechend dem Programm Hitlers regiere. Punkt 13 dieses Programms aber fordere, dass alle bereits vergesellschafteten Trustbetriebe verstaatlicht werden sollen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Anhalt macht darauf aufmerksam, dass die Dessauer Zuckerraffinerie als Teil eines grossen Konzerns ein vertrusteter Betrieb sei. Da es diesem Konzern finanziell glänzend geht (er hat im vergangenen Jahre seine Dividende auf 8 Prozent erhöht und ausserordentliche Rücklagen machen können), stellte die Stillegung eine Verletzung des nationalsozialistischen Grundsatzes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz dar.

Die sozialdemokratische Fraktion frage daher die Staatsregierung, wann sie im Interesse der Allgemeinheit in Verfolg des nationalsozialistischen Parteiprogramms mit der Verstaatlichung der vertrusteten Betriebe beginnen wolle.

SPD. In der "Kölnischen Volkszeitung", im rheinischen Zentrumsorgan schreibt Professor Dr. Wilhelm Herschel über den kommunistisch-nationalsozialistischen Amnestieantrag in Preussen :

"Was jetzt in Preussen vorzugehen droht, ist im Wesen nichts anderes, als wenn in einem Gemeindeparlament auf Antrag der Brandstifter die Abschaffung der Feuerwehr beschlossen wird. Diese Amnestie wäre ein Unrecht gegenüber der Vergangenheit, zugleich - und noch mehr - ein Freibrief für künftige Rechtsbrecher, da diese selbstverständlich mit neuer Amnestierung rechnen und rechnen können."

Ebenso nimmt auch die "Germania" in schärfster Form gegen die Amnestie Stellung. Es dürfte danach im Plenum des preussischen Landtages, wo die Amnestie am Mittwoch zur Verhandlung kommen soll, an der schärfsten Gegnerschaft des Zentrums nicht zu zweifeln sein, was freilich die Kozi-Nazimehrheit nicht davon abhalten wird, jeden von ihr gewünschten Rechtswahnsinn zu beschliessen

SPD. Halle/S., 14.Juni (Eig.Drahtb.)
Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Halle, hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gesandt :

"An den Herrn Reichspräsidenten! Mit schmerzlichsten Empfindungen haben wir davon Kenntnis genommen, dass erneut eine Kürzung der spärlichen Renten unserer Kriegskameraden, ihrer Witwen und Waisen durch eine Notverordnung erfolgen soll. Hiergegen müssen wir ernsteste Verwahrung einlegen. Kürzlich hat der Herr Reichsinnenminister, Freiherr von Gayl, erklärt, dass es für ihn ein bedeutungsvolles Erlebnis gewesen sei, zu erkennen, dass Deutschlands ärmster Sohn während des Krieges sein getreuester war. Umso unverständlicher ist es, wenn jetzt in der allgemeinen Not Deutschlands gerade an diesem ärmsten Teil der Söhne Deutschlands eine Millionensumme von den Renten erspart werden soll. Es gibt noch viele grosse Einkommen und Vermögen in Deutschland, die sehr wohl eine noch stärkere steuerliche Belastung ertragen können. Geschieht das, dann kann eine weitere Belastung der Ärmsten der Armen vermieden werden, dann braucht niemand das Gefühl zu haben, dass das Vaterland undankbar gerade gegen die sich verhalte, die ihm am uneigennützigsten gedient haben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Gau Halle."

SPD. Dresden, 14.Juni (Eig.Drahtb.)
Offenbar angeregt durch das Beispiel der Regierung von Papen will nun auch die sächsische Regierung angesichts des grossen Fehlbetrages, der sich trotz ihres ausserlich ausgeglichenen Haushaltsplanes für 1932 in Wirklichkeit ergibt, neue Landessteuern einführen, die namentlich finanzschwache Kreise treffen werden. Nähere Mitteilungen darüber sollen noch nicht gemacht werden, indessen hat bereits am Dienstag eine Vorbesprechung zwischen der Regierung und den ihr nahestehenden Landtagsfraktionen stattgefunden. Binnen kurzem dürfte eine entsprechende Vorlage zu erwarten sein.

SPD. Dresden, 14.Juni (Eig.Drahtb.)
Der Haushaltsausschuss des Sächsischen Landtags befasste sich am Dienstag mit verschiedenen Anträgen gegen die Monopolstellung Petscheks im Braunkohlenhandel. Nationalsozialistische Anträge zu dieser Frage wurden zum grössten Teil abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, die Regierung möge die Preispolitik des Syndikats in der Richtung überprüfen.

und beeinflussen, dass unter Sicherung der tariflosen Arbeitsbedingungen eine Preissenkung für alle Brikettmarken eintrete. Der Syndikatsvertrag soll derart geändert werden, dass der Einfluss der Arbeitnehmer im Syndikat und in dessen Ausschüssen den Bestimmungen des Kohlenwirtschaftsgesetzes entsprechend gesichert werde. Endlich sollen die Richtlinien des ostelbischen Braunkohlensyndikats überprüft und geändert werden, dass sie dem Sinn und Wortlaut des Kohlenwirtschaftsgesetzes entsprechen. Auch der weitere sozialdemokratische Antrag wurde angenommen, wonach der Landtag den den Mittelstand schädigenden Abschluss von Lieferungsverträgen mit Petschek'schen Handelsgesellschaften durch den früheren wirtschaftsparteilichen (jetzt deutschnationalen) Finanzminister Weber missbilligt. Angenommen wurde noch ein nationalsozialistischer Antrag hierzu auf Reform des Aktienrechts, der im Grunde schon durch die bekannte Notverordnung vom vorigen Jahre erledigt ist.

SPD. München, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Die erste Naziagitatio n im Rundfunk, für die die Papenregierung dem nationalsozialistischen Propagandaleiter Gregor Strasser am Dienstag abend die Deutsche Welle zur Verfügung gestellt hat, wurde in Süddeutschland nicht gehört. Die politischen Ueberwachungsausschüsse des bayerischen und des südwestdeutschen Rundfunks (München und Stuttgart) hatten beschlossen, den Vortrag Strassers auf ihre Sender nicht zu übernehmen.

SPD. Seit der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick dem Genossen Breitscheid mitgeteilt hat, dass er den sozialdemokratischen Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zunächst dem Aussenminister Dr. Neurath unterbreitet habe, hat man nichts mehr von der Sache gehört. Inzwischen ist der Termin der Lausanner Konferenz herangekommen, und so besteht keine Aussicht mehr, dass der Ausschuss vor der Konferenz über die reparationspolitischen Gedanken und Absichten der Regierung Papen unterrichtet wird. Das Kabinett und mit ihm die Nationalsozialisten sind einer grossen Verlegenheit überhoben.

Stellen wir nun diesen Verzicht auf eine Aussprache vor dem Ausschuss mit der Dürftigkeit und Verschwommenheit der Wendungen zusammen, die das sogenannte Regierungsprogramm über die auswärtige Politik enthielt, so haben wir wohl eine Erklärung für die bemerkenswerten Auffassungen, die ein Teil der Pariser Presse von den Ideen und Plänen der neuen Männer in Deutschland hegt. Ihre Schweigsamkeit wird in Frankreich als Bereitwilligkeit zum Nachgeben aufgefasst und das Pariser "Journal" beispielsweise, glaubt sicher sein zu dürfen, dass die Taktik der deutschen Unterhändler in Lausanne nicht mehr so starr sein werde wie unter Brüning und dass der Reichskanzler Dr. Papen sich nur an die Realitäten halten und mit dem Erreichbaren sich zufrieden geben werde.

Ob die Franzosen mit dieser Einschätzung des derzeitigen Reichskanzlers recht haben, wird sich bald herausstellen. Aber wir müssen schon sagen: es spricht manches dafür, dass Herr von Papen weit davon entfernt ist, in Lausanne den starken Mann spielen zu wollen. Er möchte sich doch sein bekanntes aussenpolitisches Konzept sicher nicht verderben.

Gespannt dürfen wir dann aber darauf sein, wie sich die Nationalsozialisten zu der grösseren Geschmeidigkeit der von ihnen tolerierten Regierung stellen werden. Der "starre" Brüning war ihnen doch bei weitem noch nicht starr genug. Werden sie nun Herrn von Papen einen Landesverräter schelten, wenn er nach Hause zurückkehrt, ohne sich - um mit Hitler zu reden - zu einer endgültigen aktiven Auseinandersetzung mit Frankreich zusammengerafft zu haben? Oder ist in ihren Augen alles, was die Barone der nationalen Konzentration tun oder unterlassen, von vornherein über jeden nationalen Zweifel erhaben?

SPD. Brüssel, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

In einer mehrstündigen auf unanzweifelbar amtlichen und anderen Dokumenten und Mitteilungen begründeten Interpellation erhob der Sozialistenführer Vandervelde in der Kammer eine furchtbare Anklage gegen das im belgischen Kongo herrschende System der Zwangsarbeit und der masslosen Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen. In der internationalen Arbeitskonferenz von 1930 in Genf übten die belgischen Regierungsdelegierten bei der Abstimmung über das internationale Verbot der Zwangsarbeit in Kolonien Stimmenthaltung und zwar mit der Begründung, dass man das in gewissen Gebieten des belgischen Kongo bestehende System des sogenannten Landbauzwangsunterricht nicht opfern könne. Es handele sich dabei um den Anbau von Reis und anderen Lebensmitteln einerseits und Baumwolle andererseits, wobei die Eingeborenen monatlich eine Reihe von Tagen Zwangsarbeit leisten müssen. Vandervelde zeigte an der Hand von Berichten hoher Beamtenstellen, dass diese Einrichtung alle Merkmale der Sklaverei trage und tatsächlich zu Aufständen von Eingeborenen Anlass gegeben hat.

Am schlimmsten sind die Zustände in dem von der belgischen Kolonialgesellschaft Kasai ausgebeuteten Bezirk Kwango, wo die Eingeborenen im vorigen Jahr tatsächlich zu einem blutigen Aufstand getrieben wurden, der mit der grössten Grausamkeit unterdrückt wurde. Gestützt auf amtliche Berichte hoher Staatsbeamter, Ärzte, Richter und Staatsanwälte sowie Missionäre deckte Vandervelde die Ursachen dieses Aufstandes auf: masslose Ausbeutung durch die Kasai-Gesellschaft, übertriebene Steuern, Zwangsarbeit zum Strassenbau, Zwang zum Produzieren von Palmöl und anderen Erzeugnissen gegen übertrieben niedrige Preise, Schikanen und Gewalttätigkeiten der Angestellten der Handelsgesellschaft, sowie der öffentlichen Verwaltung. Es wurde festgestellt, dass in gewissen Gebieten die Eingeborenen im Jahre drei bis vier Monate Arbeit leisten müssen, ausschliesslich um die Steuern zu entrichten. In den Berichten werden eine ganze Reihe von Fällen von schweren Misshandlungen der Eingeborenen, Vergewaltigung von Frauen usw. angegeben. Vandervelde forderte von der Regierung dringende Abhilfe sowie ihre Zustimmung zum internationalen Abkommen gegen die Zwangsarbeit in den Kolonien. Die Rede Vanderveldes machte sichtlich einen sehr starken Eindruck auf die Kammer. Die Regierung hat sich die Antwort bis nächste Woche vorbehalten.

SPD. Paris, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission des Senats hat anstelle Jeanneney's, der vor kurzem zum Senatspräsidenten ernannt worden ist, Caillaux zum Vorsitzenden gewählt.

SPD. Köln, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein Verleumder ist der neugebackene nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Baron Eltz von Rübenach (ein Neffe des Reichsverkehrsministers und Postministers in der Regierung der Nazibarone) aus Wahn bei Köln, Obwohl schon vorige Woche festgestellt wurde, dass Otto Braun sich in Berlin befindet und die Reichshauptstadt noch keine Stunde verlassen hat, wiederholte Baron Eltz von Rübenach in einer nationalsozialistischen Versammlung am Montag abend in Köln die dreiste Lüge, Braun habe Berlin verlassen. Man wisse nur nicht, wo er wäre, in der Schweiz, in Holland; man wisse auch nicht, wieviel er mitgenommen habe.

SPD. Die Bundesausschusssitzung des ADGB hat folgende Kundgebung beschlossen:

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampfansage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muss weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungsaussagen zu stossen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnert in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der "nationalen Konzentration". Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewusst gegen eine Konzentration "aller aufbauenden und staaterhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte" in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminister sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennt.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist der Geist des bewussten Klassenkampfes von oben.

Der angeblich "gemeinschaftsfeindliche" Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Ueberwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassenscheidung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der grossen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer geknechteten Klasse zu einer "nationalen Klasse" zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates vom demokratischen Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des Einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschland.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war abseits aller nationalen Phrasen die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit. Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von neuem, dass die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angekündigten Kampfes gegen den "Staatssozialismus" gegen den Staat als "Wohlfahrtsanstalt". Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeitfeindlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen "nationale Bewegung" gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie "schützt" die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewunderten Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von "moralischer Zermürbung des deutschen Volkes".

Sie will den sogenannten "Staatssozialismus" und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese "Schwächung der moralischen Kräfte der Nation" verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Grossindustriellen, der Grossagrarier und der pensionierten Offiziere und Genräle stützt, von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im gesicherten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzen.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung "den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung" zu führen gedenkt. Weiterer Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts, mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber Schonung und Schutz der Besitzenden, insbesondere der Grossagrarier - das ist der Sinn des neuen Kurses, der "grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung"!

Die Regierung beruft sich auf "die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung", die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschland machen will. Die "christliche Weltanschauung" dieser Regierung lässt sich auf die einfache Formel bringen: "Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat!" Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Knechtseligkeit und Muckertum erstickt werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und besiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Fanatiker des Rückschritts gilt es, alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigem Widerstand zusammenzufassen. Der frevelhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muss scheitern an der vereinten Kraft Eures unbesiegbaren Willens.

Eure Losung muss sein: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

SPD. Wien, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Die österreichischen Hakenkreuzler nahmen die Rundfunkrede, die am Dienstag Strasser in Deutschland hielt, zum Anlass eines Erpressungsversuchs an die Oesterreichische Rundfunkgesellschaft. Sie stellten an die Leitung der Oesterreichischen Rundfunk-Gesellschaft "im Namen von 6 Millionen Deutscher in Oesterreich" (in Oesterreich gibt es kaum eine Viertel Million nationalsozialistischer Wähler) die Forderung auf Uebertragung der Rede Strassers. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt. Die Hakenkreuzler hatten ihre Forderung mit der Drohung von Krawallen vor dem Gebäude der Rundfunk-Leitung verbunden. Auf die Nachricht von der Ablehnung des Ansinnens fanden sich wirklich einige hundert nationalsozialistischer Radaubröder in der inneren Stadt ein und versuchten, vor dem Rundfunkgebäude Krawalle zu machen. Die Polizei jagte sie auseinander.

SPD. Aachen, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Heute mittag, 14 Tage nach der Schlussitzung in der Verhandlung gegen den Förster van den Elzen und seinen Sohn wegen der Ermordung dreier junger Leute in den Wäldern von Putbroek an der deutsch-holländischen Grenze sprach die Rechtsbank von Roermond das Urteil. Der Förster wurde wegen vollendeten Totschlages zu 15 Jahren Gefängnis, sein Sohn wegen Beihilfe zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete für den Vater auf lebenslängliches, für den Sohn auf 12 Jahre Gefängnis. Staatsanwalt und Verteidiger wollen Berufung gegen das Urteil einlegen.

SPD. Köln, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

In Köln-Ehrenfeld wurden heute drei Falschmünzer, darunter zwei Brüder, verhaftet und zwei Falschmünzerwerkstätten ausgehoben. Die Brüder hatten fünf mark- und Zweimarkstücke sowie 10- und 5-Pfennigstücke hergestellt.

SPD. Am Mittwoch erscheint der neue Erlass des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl über die Benutzung des Rundfunks durch die Parteien im Reichstagswahlkampf. Der Rundfunk wird jeder Partei, die im alten Reichstag Fraktionsstärke besass, für 25 Minuten zur Verfügung gestellt. Die Reden sollen an den sechs Wochentagen vor der Wahl gehalten werden. Die Reihenfolge der Reden wird folgendermassen bestimmt: Zuerst spricht von den sich anmeldenden Fraktionen die schwächste, zum Schluss die stärkste Fraktion. Das Schlusswort am Sonnabend vor der Wahl, am 30. Juli, erhält daher die sozialdemokratische Fraktion. Die Manuskripte müssen 10 Tage vorher eingereicht werden.

SPD. Paris, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Generalversammlung der Präsidenten der französischen Handelskammern hat am Dienstag eine Reihe von Entschliessungen angenommen, von denen die wichtigste eine sofortige und massive Herabsetzung aller öffentlichen Ausgaben mit Ausnahme der für die Landesverteidigung, "die jetzt notwendiger denn je sei", verlangt. Diese Herabsetzung soll u.a. mit folgenden Mitteln durchgeführt werden: Herabsetzung der Beamtgehälter und Dienstentschädigungen in dem gleichen Masse, in dem die Gehälter im Handel und in der Industrie gekürzt worden sind, Konversion der Renten, Sanierung des gemeinsamen Fonds der Eisenbahngesellschaften, Reorganisation der Sozialversicherung und Verwaltungsreform.

SPD. Paris, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kammerfraktionen sind am Dienstag endgültig konstituiert worden, da um 4 Uhr nachmittags die Frist ablief, innerhalb der die Mitgliederliste, begleitet von den Namen der Kandidaten jeder Fraktion für die 22 ständigen Kommissionen beim Kammervorsitzenden eingereicht werden musste. Die neue Kammer umfasst demnach 15 Fraktionen, die von links angefangen mit ihren bekanntesten Mitgliedern folgendermassen heissen: Kommunisten (Doriot), Fraktion der Arbeitereinheit oder unabhängige Kommunisten (Garchery), Sozialisten (Leon Blum), nicht der Internationale angeschlossene Sozialisten (de Monzie), Soziale Republikaner (Painlevé), Radikale (Herriot), Unabhängige der Linken (Guernut), Republikanische Gruppe der Unabhängigen der Linken (Torrès), Radikale Linke (Laurent-Eynac), Linksrepublikaner (Flandin), Republikanisches

Zentrum (Tardieu), Katholische Demokraten (Simon), Republikanische und soziale Gruppe (Pernot), Republikanische Föderation (Marin) und Unabhängige der Rechten (de Chambrun). Dazu kommen dann noch die Parteilosen.

SPD. München, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Die bevorstehende Aufhebung des Verbots der Hitler'schen Privatarmee und gleichzeitig des Uniformverbots durch Verordnung des Reichspräsidenten stellt die Regierungen der süddeutschen Länder vor schwere Entscheidungen. Allen Anschein nach sind sie nicht gewillt, das politische Leben und vor alle die Strasse dem SA-Terror wieder auszuliefern. Es ist deshalb damit zu rechnen dass die süddeutschen Länder unter Berufung auf ihre Polizeihohheit zwar nicht gegen die Aufhebung des SA- und SS-Verbots unternehmen werden, dafür aber aus ihrer verfassungsmässigen Verantwortlichkeit für Ruhe und Ordnung; in ihren Staaten das Uniformverbot aufrecht erhalten. Bayern insbesondere wird darauf verweisen, dass sein Uniformverbot bereits seit Juni 1931 bestand, das sich nicht gegen eine bestimmte politische Partei wandte, sondern generelle Gültigkeit hatte. In diesem Umfange wird auch nach Erlass der neuen Notverordnung der bayerische Polizeiminister und mit ihm seine Kollegen von Württemberg und Baden den in diesen Ländern vor dem 13. April bestehenden Zustand wieder herstellen.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu der bevorstehenden Verordnung des Reichspräsidenten: "Diese Massnahmen zeigen die neue Reichsregierung in ihrer vollendeten Abhängigkeit von den Wünschen der nationalsozialistischen Partei. Dies ist der Preis, der mit Hitler für seine tolerierende Haltung in der Geburtsstunde des Kabinetts Papen-Schleicher vereinbart worden ist. Dieses Zurückweichen auf der ganzen Linie vor den Nationalsozialisten überrascht nicht, nachdem man sich längst zuvor der Freiheit des Handelns so vollkommen begeben hatte. Es wird den neuen Männern der Reichsregierung; noch stärker und noch peinlicher zum Bewusstsein kommen, was es heisst, sich an eine revolutionäre Bewegung verkauft zu haben. Der Kompromiss mit Gegnern des bestehenden Staates zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit schon die Erschütterung staatlichen Denkens in Deutschland gediehen ist."

SPD. Die Junkerregierung hat den Nationalsozialisten die Pforte des Rundfunks geöffnet, und so nahm denn gestern auf der Deutschen Welle Herr Gregor Strasser das Wort, um die Staatsidee des Nationalsozialismus zu verkünden. Er hat, wie er es schon in seiner Reichstagsrede tat, eine grosse Anleihe bei der Sozialdemokratie gemacht. Um die Werbekraft des Sozialismus kommt auch ein Nazi nicht herum, doch kaum hatte er sich mit einer von uns entlehnten Feder geschmückt, so zupfte er sie sich selbst durch ein an den Kapitalismus gerichtetes "Wenn" oder "Aber" wieder aus. Daneben machte er allen Ständen und Schichten Komplimente, und so redete er denn viel, ohne etwas zu sagen. "Das 19. Jahrhundert", so sagte Strasser, "war erfüllt von dem tragischen Missverstehen zwischen Nationalismus und Sozialismus". Hier die Synthese zu finden, sei die geschichtliche Mission des Nationalsozialismus. Strasser sucht diese Synthese in der Verwerfung des Rationalismus, der Lehre von der Vernunft bei der nur der Verstand gelte und das Gefühl keinen Raum habe. Die Ablehnung des Verstandes ist uns bei den Nazis allerdings schon immer aufgefallen. Die Demokratie nennt Strasser verantwortungslos, weil Politik Dienst an Staat und Volk sein müsse. Gerade das freilich scheint uns nicht-nationalsozialistischen Sterblichen Inhalt der Demokratie. Strasser will des Weiteren eine

Kontrolle der Wirtschaft, aber er will sie nur unter weitestgehender Einschaltung der Privatinitiative: Der Schluss des Satzes hebt also praktisch die wohlklingende Einleitung auf. Schöne Worte - aber der kapitalistische Pferdefuss blickt deutlich hervor!

SPD. Genf, 14. Juni (Eig. Drahtb.)

Die am Dienstag-Nachmittag abgehaltene Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz gipfelte in dem Beschluss, die Beratungen der Generalkommission erst wieder aufzunehmen, wenn aus den privaten Besprechungen der Staatsmänner Grundlagen für neue politische Beschlüsse hervorgegangen seien. Man rechnet allgemein damit, dass die Wiederaufnahme wohl im Laufe der nächsten Woche erfolgen könne, nachdem die Konferenzarbeit von Lausanne vorübergehend auf die Sachverständigenausschüsse übergegangen sein wird.

Betont wurde die Wichtigkeit der heutigen Sitzung schon durch die Anwesenheit der Delegationsführer. Für Deutschland nahm Nadolny teil, für Frankreich Herriot und Paul Boncour, für England Sir John Simon, für Amerika Gibson, für Italien Grandi, für Belgien Hymans und de Brouckere, für Russland Lunartscharski und für Spanien Madariaga. Der Vorsitzende Henderson gab zunächst einen Bericht über die Kommissionsarbeiten, deren Prüfung erst möglich sei, wenn die privaten Besprechungen Ergebnisse erzielt hätten. Eine Anregung Paul Boncours, das einzige positive Ergebnis der Kommissionen, nämlich den Vorschlag auf Abschaffung der chemischen Kriegsmittel sofort in Angriff zu nehmen für die Einarbeitung in die Abrüstungskonvention musste Henderson mit dem Hinweis zurückstellen, dass ein deutscher Antrag vorliege, der zuerst in der Generalkommission beraten werden müsse. Nadolny, der diesen Antrag bereits gestern den Delegationen von Italien, England und Russland übergeben hatte, erklärte sich mit der von Henderson vorgeschlagenen Arbeitsmethode einverstanden.

Der deutsche Antrag erinnert zunächst an die Entschliessungen der Generalkommission über die qualitative Abrüstung und den ersten entscheidenden Schritt dieser Konferenz auf das tiefstmögliche Rüstungsniveau und schlägt dann für die qualitative Abrüstung die folgenden Grenzlinien vor: Landrüstungen: Artillerie über 10 cm Kaliber und mit über 16 Kilometer Tragweite, Tanks und Panzerautos, bewegliche Panzertürme und Panzerzüge mit Bestückung über 10 Zentimeter Kaliber und über 15 Kilometer Tragweite, endlich Festungen, deren äusserste Werke näher als 15 Kilometer an der Grenze liegen; Seerüstungen: Linienschiffe über 10 000 Tonnen, Flugzeugmutterschiffe, U-Boote, Auslegen von automatischen Treibminen auf hoher See; Luftrüstungen: sämtliche militärische Land- und Seeflugzeuge (hierzu gibt der Antrag die bekannte deutsche Definition für Militärflugzeuge), sämtliche Waffen, Kampfmittel und Vorrichtungen für die Verwendung in Flugzeugen; chemische Rüstungen: alle für Menschen und Tiere schädlichen chemischen und bakteriologischen Stoffe und die Vorrichtungen für ihre Verwendung, Brandbomben und Schlangenwerfer.

Da man nicht in eine Beratung der Grundfragen selbst eintreten wollte, nahm Herriot für die französische Delegation nur Kenntnis von dem deutschen Antrag, zu dem er im gegebenen Augenblick Frankreichs bekannte Vorbehalte einbringen werde. Italien und Russland erklärten bereits heute ihre Zustimmung zu Deutschlands Antrag. Sir John Simons unterstrich das entschlossene Festhalten Englands und Amerikas an der qualitativen Abrüstung. Auf seinen Zweifel an der praktischen Verwertbarkeit der privaten Meinungsaustausche zwischen den Staatsmännern fasste Henderson die allgemeine Meinung dahin zusammen, dass durch gegenseitigen Austausch der erzielten Verständigungen sehr gut eine Basis für die Generalkommission gefunden werden könne. Man werde dann jede erfolgte allgemeine Verständigung für jeden einzelnen Punkt der qualitativen

Abrüstung wie der noch schwebenden politischen Grundfragen sofort für sich zur Entscheidung stellen. Auf ausdrückliche Intervention von Madariaga-Spanien, der einen Antrag zum Verbot der privaten und Kontrolle der staatlichen Waffen- und Munitionsherstellung sowie des Handels ankündigte, wurde auch diese Frage ausdrücklich in die Beratungsgegenstände der kommenden Besprechungen einbezogen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Gleiches Recht für Alle.

*SPD. Der frühere Nationalsozialist Abel ist von einem Münchener Gericht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er unter Eid falsche Aussagen über die Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei erstattet hat. In diesem Prozess ist auch der Regierungsrat Hitler unter Eid vernommen worden. Er hat geschworen, dass er im Jahre 1923 niemals mit einem Italiener gesprochen habe. Diese von Hitler beschworene Aussage ist objektiv unrichtig. Man kann an der Hand der "Wiener neuen Freien Presse" vom 16. Oktober 1923 feststellen, dass Hitler an eben diesem Tage, einen Tag nachdem angeblich von dem Angeklagten Abel behaupteten Zusammentritt mit Migliorati dem Vertreter des römischen "Corriere d'Italia" ein Interview gewährt hat, worin er von der deutschen Bewegung in Südtirol abrückt.

Danach hätte Hitler sich des Delikts des fahrlässigen Falscheides schuldig gemacht. Wir sind strikte Anhänger der Abschaffung jener Paragraphen des Strafgesetzbuches, die den fahrlässigen Falscheid bestrafen. Gerade deswegen aber weisen wir auf den vorliegenden Tatbestand hin. Wegen des Delikts des fahrlässigen Falscheides ist seinerzeit auf Betreiben der Nationalsozialisten in Weimar der frühere Thüringer Oberstaatsanwalt Frieders zu Gefängnisstrafe verurteilt und seine Existenz vernichtet worden. Bis auf den heutigen Tag haben die Nationalsozialisten und ihre Freunde verhindert, dass eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Frieders erfolgt! Sie haben bis auf den heutigen Tag auch seine Begnadigung verhindert, obgleich sich so namhafte Autoritäten des Rechts wie Kahl und Jastrow für Frieders eingesetzt haben.

Gleiches Recht für Alle! Entweder gilt das Delikt des fahrlässigen Falscheides für Alle - dann muss ein Verfahren gegen Hitler eingeleitet werden. Oder aber der Fall Frieders wird endlich bereinigt!

Christentum.

Eine Notverordnung hat die sogenannte Gottlosenbewegung verboten. Wenn schon mit Hilfe von Notverordnungen die erschütterte Stellung des Christentums befestigt werden soll, dann warten wir auf die Notverordnung, die sich gegen jene Christen wendet, die selbst die schärfsten Feinde des Christentums sind.

Ein Beispiel dafür: Der polnische Ozeanflieger Hausner ist auf einem Ozeanflug verunglückt. Nachdem er acht Tage auf dem Meere getrieben war, ist er gerettet worden. Um dies Ereignis hat die Sensationspresse einen Kranz von Geschichten gewoben, der diesen Vorfall in widerlicher Weise ausgeschlachtet hat. Das Tollste dabei ist das folgende: Es wird im Bild die Gattin des Ozeanfliegers vorgeführt, wie sie auf den Stufen des Altars einer Kirche kniet um Gott um die Errettung ihres Mannes zu bitten. Das Bild trägt die Ueberschrift "Die Gattin des Ozeanfliegers Hausner im Gebet."

Bei dieser Art von Christentum, das sich zum Gebet am Altar ein Heer von Fotografen mitnimmt, um die Devotion im Bilde festzuhalten und in der ganzen Welt zu verbreiten, kommt einem Nichtchristen der Ekel vor solcher Profanierung hoch.

Gegen solche Dinge regt sich im Lager des Christentums selbst nichts und das ist bezeichnend genug. Wenn die Profanierung religiöser Dinge so weit gediehen ist, dann hilft auch die schärfste und ungerechteste Notverordnung nichts mehr!

Die nicht opfern können.

Das Kabinett der Barone hat eine neue Notverordnung erlassen, die dem werktätigen Teil des Volkes gewaltige Lasten auferlegt. Alle in Lohn oder Gehalt Stehenden werden neu belastet. Erwerbslose, Sozialrentner und Kriegsoffer werden in ihren Bezügen gekürzt. Wo bleibt das Opfer des Besitzes? Für die Reichen gibt es nur eine Belastung - nämlich die Salzsteuer. Da aber der reichste Mann nicht das Tausendfache an Salz von dem verbrauchen kann, was ein Armer verbraucht, so wird für ihn die Salzsteuer eine Lächerlichkeit sein.

Aber warum werden die reichen Leute geschont? Weil sie so arm sind! Da läuft zur Zeit der Prozess Caro - Petschek, in dem die reichen Leute ihre schmutzige Wäsche waschen. Man erfährt dabei so nebenbei, dass Frau Vera Petschek, die Tochter des Geheimrats Caro, neben ihrer Mitgift noch einen jährlichen Zuschuss von 30 000 Mark von ihrem Vater erhalten hat, als sie damit nicht auskam, schenkte ihr ihr Vater so ganz nebenbei noch einmal 50 000 Mark. Frau Vera Petschek ist inzwischen geschieden. Ihr Ehemann zahlt einen monatlichen Beitrag von 7 000 Mark als Unterhaltsbeitrag für ihr siebenjähriges Kind. Bei so geringem Einkommen kann diesen Leuten natürlich kein Opfer für die Erwerbslosen zugemutet werden.

Im Prozess bot der Vertreter von Caro an, dass man Petschek auf Kosten von Caro einen Krankensalonwagen zur Verfügung stellen wolle, wenn er als Zeuge zum Prozess in Berlin erscheine. Petschek seinerseits wollte für einen Zeugen, der in Amerika wohnt, eine Europareise bezahlen. Dazu haben sie Geld. - Aber zu Opfern für den Staat oder für die Notleidenden haben sie kein Geld! Das Kabinett der Barone hat Mitgefühl mit diesen armen reichen Leuten. Es hat deshalb in seiner Notverordnung die reichen Leute vollständig frei gelassen!

Er hilft dem Mittelstand.

Ein hervorragendes Mitglied von Hitlers SA in Weiden in der Oberpfalz war der Händler Hans Kiesling. Er entfaltete auf dem flachen Lande eine rührende Propagandatätigkeit. Nebenbei betrieb er einen Hausierhandel. Hausierhandel und Nazi-Propaganda Hand in Hand - heil Hitler! Für diesen Hausierhandel brauchte der wackere SA-Mann Ware und die beschaffte er sich, indem er bei seinem Propagandazuge für Hitler aufs Land in kleinen ländlichen Ladengeschäften Einbruchsdiebstähle verübte. Das ist die richtige Hilfe für den Mittelstand.

Der wackere Hitlerheld wurde schliesslich gefasst. Es stellte sich dabei heraus, dass er wegen 3 Verbrechen des einfachen und 11 Verbrechen des schweren Diebstahls erheblich vorbestraft war. Er wurde nunmehr wegen 11 Verbrechen des schweren Diebstahls im Rückfall zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das sind die Leute, von denen der Mittelstand seine Rettung erwartet!

Der Chef der Räuberbande.

In einer Naziversammlung in München sprach der Naziabgeordnete Sesselmann: "Wenn schon eine Räuberbande einen Hauptmann braucht, um wieviel notwendiger braucht Deutschland einen Führer, nämlich Adolf Hitler!" Der Mann hat einen ihm naheliegenden Vergleich genommen - für die Räuberbande SA ist Hitler der richtige Mann.

W. A. S. Aus s. aller Welt

Dämon oder Irrsinniger?

Silvester Matuschka vor dem Wiener Schwurgericht - Wird das furchtbare Geheimnis des Massenmörders gelüftet werden?

SPD. Wien, Mitte Juni (Eig. Ber.)

Am Mittwoch begann vor dem Schwurgericht in Wien der Prozess gegen den Mann, dessen grauenvolle und heute noch unverständliche Verbrechen Europa mit lähmendem Entsetzen erfüllt haben - der Prozess gegen Silvester Matuschka. Ist Matuschka ein Narr oder ein abgefeimter Schurke, der nur den Narren mimt? Heute noch, da der Prozess schon beginnt, da die psychiatrischen Gutachten und die Protokolle der Verhöre mit Matuschka zu einem fast unübersehbaren Berg von Akten angewachsen sind, ist dieses Geheimnis ungelüftet. Wird der Prozess das Rätsels Lösung bringen...?

Der Anschlag auf den Wien-Passau Express.

Am 30. Januar dieses Jahres entgleiste bei Anzbach in Niederösterreich der Expresszug Wien-Passau. Nur durch einen glücklichen Zufall waren keine Menschenleben zu beklagen. Die Untersuchung ergab, dass ein Verbrecher die Entgleisung herbeigeführt hatte, indem er eine schwere Eisentraverse an die Schienen festschraubte. Alles Suchen der Polizei blieb vergeblich; man konnte wohl feststellen, wo der Verbrecher die Traverse und das Werkzeug mit dem die Tat verübt worden war, gekauft hatte -, von dem Verbrecher selbst aber fehlte jede Spur.

Das Blutfanal von Jüterbog.

Ein halbes Jahr später - der rätselhafte Anschlag von Anzbach war noch unvergessen - durchjagte eine Schreckensnachricht Europa: am 8. August um 10 Uhr abends entgleiste bei Jüterbog der Schnellzug Basel-Berlin. Eine furchtbare Explosion hatte den Unglückszug aus den Schienen gehoben und der Länge nach hingeworfen, 109 Menschen blieben verletzt auf der Unglücksstätte. In der Nähe der Stelle, an der die Explosion erfolgt war, fand man einen Draht, Zündschnüre und ein Stück der nationalsozialistischen Zeitung "Der Angriff", über und über bemalt mit Hakenkreuzen und beschmiert mit Worten wie: "Attentat, Revolution, Sieg". Mit fieberhafter Hast arbeitete die Polizei ganz Europas an der Aufklärung dieser neuen Schreckenstat, deren Zusammenhang mit dem Anschlag von Anzbach von Anfang an vermutet wurde. Aber alle Mühe blieb vergeblich: auch das Attentat von Jüterbog blieb in unentwirrbares Dunkel gehüllt.

Die Schreckensnacht von Bia Torbagy.

Da, kaum fünf Wochen nach dem Verbrechen von Jüterbog, jagte der Telegraph eine neue Schreckensnachricht durch die Welt, welche die von Anzbach und Jüterbog völlig in den Schatten stellte: am 13. September, knapp vor Mitternacht, wurde bei der ungarischen Bahnstation Bia Torbagy der Schnellzug Budapest-Wien in die Luft gesprengt. Von dem ganzen Zug blieb im vollsten Sinne des Wortes nichts übrig als ein Trümmerhaufen, der 22 zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen und eine Anzahl Verletzte deckte. Die Explosion war in dem Augenblick erfolgt, da der Zug über eine Brücke raste, die Lokomotive und die sechs ersten Waggons wurden durch die Wucht der Explosion tief hinunter ins Tal geschleudert. - Und wieder fand man in der Nähe der Unglücksstelle Drähte und Taschenbatterien und mit wirren Phrasen beschriebene Zettel. Kein Zweifel konnte bestehen: das Ungeheuer von Bia Torbagy und der Verbrecher von Jüterbog sind Anzbach waren ein und dieselbe Person.

Ein Mörder wird eingekreist.

Unter den Leichtverletzten, die sich nach dem Attentat von Bia Torbagy meldeten, war ein vierzigjähriger Mann - Silvester Matuschka. Er gab bereitwillig eine ausführliche Schilderung des Zugunglücks, dem er angeblich zum Opfer gefallen war und wies mit auffälliger Wichtigtuerei immer wieder auf seine übrigens sehr unbedeutenden Verletzungen im Gesicht hin. Diese "Verletzungen" waren der ungarischen Polizei schon von Anfang an ziemlich verdächtig erschienen, da es stark den Anschein hatte, als habe sie sich Matuschka selbst zugefügt. Aber da man einstweilen weitere Indizien gegen ihn nicht finden konnte, liess man Matuschka nach einem kurzen Polizeiverhör in Budapest frei und gestattete ihm die Rückkehr nach Oesterreich. Während der "Verletzte" von Bia Torbagy sich in Oesterreich bereits sicher und geborgen glaubte, sammelte die Polizei in Berlin, Budapest und Wien heimlich, aber mit fieberhafter Anstrengung neues Material gegen ihn und am 7. Oktober war der Ring der Indizien um Matuschka so fest geschlossen, dass die Wiener Polizei zur Verhaftung schreiten konnte.

Matuschka gesteht...

Matuschka spielte den gekränkten Ehrenmann und mimte Verzweiflung und Empörung über das "Unrecht", das ihm angetan wurde. Aber als sich zehn Tage später der Kraftwagenführer meldete, der den Attentäter von Anzbach in die Nähe der Attentatsstelle gefahren hatte und Matuschka eindeutig als seinen Fahrgast von damals wiedererkannte, als einen Tag später die Frau des Sprengmeisters eruiert wurde, bei dem Matuschka das Ekrasit für die Verbrechen Jüterbog und Bia Torbagy gekauft hatte und als schliesslich Matuschkas eigene Gattin das Leugnen ihres Mannes Lügen strafte, da brach der Verhaftete zusammen und legte ein umfassendes, wenn auch vollkommen verworrenes Geständnis ab. Er gab zu, sowohl den Anschlag von Anzbach, als auch die grausigen Verbrechen von Jüterbog und Bia Torbagy verübt zu haben.

Spielt der Verbrecher Komödie?

Der Schuldige an den fürchterlichen Eisenbahnanschlägen des Jahres 1931 war gestellt. Das wahre Geheimnis aber - das Motiv dieser Schreckenstaten - blieb ungeklärt und konnte bis zum heutigen Tage nicht gelüftet werden. Matuschka sprach, so oft man ihn über das Motiv seiner Verbrechen befragte, nur unzusammenhängende, ausweichende Worte und meinte häufig, er habe "die Menschheit erlösen" wollen, er sei "gesendet worden, um ein neuer Führer der Menschheit zu werden" und habe die Absicht gehabt durch seine Verbrechen die Aufmerksamkeit der Menschheit auf seine "Sendung" zu lenken. Das psychiatrische Gutachten und die Zeugenaussagen werden zeigen, ob Matuschka, der auch im Untersuchungsgefängnis konsequent den Religionswahnsinnigen mimte, wirklich ein Irrsinniger ist, oder ob er bloss eine raffiniert ersonnene Komödie spielt, um der Strafe für seine Verbrechen zu entgehen.

Weissgardist Matuschka?

Silvester Matuschka, der grauenvolle "Star" des sensationellen Wiener Prozesses, zu dem die Richterstatter fast aller grossen Blätter der Welt nach Wien gekommen sind, ist am 24. Januar 1892 im heutigen Jugoslawien in dem Orte Odantavek als Sohn eines Gemischtwarenhändlers geboren. Er besuchte das Gymnasium und dann die Lehrerbildungsanstalt, wurde Lehrer und machte als Oberleutnant den Weltkrieg mit. Nach dem Umsturz kam er mit seiner Frau aus Budapest nach Wien - er hatte inzwischen aus irgendeiner dunklen Quelle ein namhaftes Vermögen erworben - erwarb hier mehrere Häuser und betrieb ein Realitätengeschäft und einen Zwiebelgrosshandel. Matuschka steht übrigens im dringenden Verdacht, in der Zeit der Konterrevolution Horthys in Ungarn als Bandenführer in einem jener weissgardistischen "Ordnungsdetachements" tätig gewesen zu sein, die durch ihre grausamen und blutigen Sozialistenmassakere weltberühmt geworden sind. - Wird der Prozess von Wien, auf den die Augen der ganzen Welt gerichtet sind, die Schleier von dem fürchterlichen Geheimnis des Silvester Matuschka wegziehen? -

Verluderte Millionen...

Ein Devaheim=Angeklagter packt aus - Die pflichtvergessene Hilfskasse -
Nur keine Abrechnung - - -! "Ehrenerklärungen" unter "Ehrenmännern" -.

SPD. Im Skandalprozess gegen den Luxuspastor Cremer und seine Mitangeklagten kam es am Dienstag zu einer Sensation. Der Angeklagte Claussen, gegen den eine Nachtragsanklage wegen Untreue zum Nachteil des Zentralausschusses der Inneren Mission erhoben worden ist, - er soll in der Verwaltung der Auslandsanleihe 30 bis 40000 Mark unterschlagen haben - machte äusserst aufschlussreiche Bekundungen über die beispiellose Misswirtschaft bei den Devaheimlern. Claussen gab zuerst eine Schilderung seiner Stellung in der Verwaltung der Auslandsanleihe. Der Angeklagte wurde im März 1923 angestellt und erhielt den Auftrag, die Anleihe zu verwalten und Ordnung in den Betrieb hineinzubringen. Claussen bekundet, dass sich die Bücher in grösster Unordnung befunden hätten. Die Hilfskasse hätte die Anleihegelder völlig falsch angelegt und in geradezu ungeheuerlicher Weise, ungefähr zu 60 Prozent, verwirtschaftet. Es seien riesige Verluste entstanden.

Claussen machte der Hilfskasse des Zentralausschusses weiterhin bodenlose Pflichtvergessenheit zum Vorwurf. Man habe dem Bankhaus Rambaum Geld gegeben und auf diese Weise die Privatgeschäfte des Herrn Libbertz finanziert. Es seien Millionen=Verluste entstanden. Der allein durch das Bankhaus Rambaum eingetretene Verlust beziffere sich auf annähernd 2 Millionen, andere "Geschäfte" hätten Verluste von insgesamt 3 Millionen Mark zur Folge gehabt. Die Hilfskasse habe allerdings nur ein Kapital von 500 000 Mark, das ist also ein Bruchteil des Gesamtdefizits, gehabt!

Claussen nimmt kein Blatt vor den Mund. Er behauptet, dass man die Abrechnung bezüglich der Verwendung der Auslandsanleihe absichtlich hingenögert habe, um den sonst unvermeidlichen Konkurs zu vermeiden. Im September 1929, so berichtet Claussen, hätten dann Pastor Cremer und der Geschäftsführer Liebchen die Behauptung aufgestellt, er, Claussen, habe als Verwalter der Auslandsanleihe eine Million unterschlagen (!!). Diese Verdächtigung habe man aber später wieder zurückgenommen. Der Angeklagte betont, dass er eine sofortige Revision der Auslandsanleiheverwaltung verlangt habe. Sämtliche Bücher und Belege seien ihm abgenommen und zur Hilfskasse gebracht worden. Die Revision hätte sich jedoch merkwürdigerweise über 3 Wochen verzögert. Der Vorsitzende geht auf die Bekundung des Pastors Cremer ein, dass ihm Claussen ein Aufsichtsratsprotokoll aus seiner Aktentasche entwendet habe. Claussen widerspricht und führt aus, dass ihm dieses Protokoll von einem Unbekannten mit der Post zugeschickt worden sei.

Am 3. Januar wurde Claussen fristlos entlassen, nachdem er immer wieder, wie er betont, auf die Abrechnung der Auslandsanleihegelder gedrängt hatte. Schliesslich warf Pastor Cremer Claussen aus dem Büro heraus, um ihm dann kurze Zeit später, wohl aus sehr naheliegenden Beweggründen, eine feierliche offizielle Ehrenerklärung auszustellen. Es herrschten schon tolle Zustände bei den Devaheimlern. Immerhin sehen die unzähligen kleinen Sparer, die von Devaheim so schändlich betrogen worden sind, jetzt deutlicher, wohin ihr sauer erspartes Geld geflossen ist. Das ist zwar kein Trost für sie, aber doch wohl ein Anhaltspunkt mehr für die juristische Generalabrechnung mit der höchst unchristlichen Firma Cremer & Co.

Dreifache Bluttat. In einem Walde in der Grafschaft Kent (England) wurde am Dienstag früh ein dreifacher Mord verübt. Ein Autobuschauffeur sah beim Vorüberfahren in der Nähe des Strassengrabens die Leiche einer Frau liegen. Die alarmierte Polizei fand später in der Nähe noch die Leiche eines Kindes und die einer älteren Frau. Eine Untersuchung stellte fest, dass es sich um Grossmutter, Mutter und Kind handelte. Die drei Opfer wiesen Schusswunden auf. Im Verdacht, den Mord begangen zu haben, steht ein 26jähriger Soldat namens Collins, der seit Montag vormittag vermisst wird. Hunderte von Polizisten sind mit zahlreichen Polizeihunden auf der Suche nach dem flüchtigen Soldaten. Das Motiv der fürchterlichen Tat ist unbekannt.

Zugunfall. Auf dem Bahnhof Corbetha in der Nähe von Halle ereignete sich in der Dienstag Nacht ein Zugzusammenstoss. Der Personenzug Halle-Erfurt fuhr auf den Schlusswagen eines Eilgüterzugs auf. Die Lokomotive des Personenzugs sowie zwei Güterwagen entgleisten. 14 Reisende, der Lokomotivführer und der Heizer erlitten leichtere Verletzungen. Der Unfall entstand durch Ueberfahren eines auf Halt stehenden Signals.

Dorf in Flammen. Im Bollwerk bei Elbing (Ostpreussen) geriet am Dienstag vormittag das Gehöft des Besitzers Schmidt in Brand. Trotz des Eingreifens zahlreicher Wehren gelang es nicht, das Feuer auf seinen Brandherd zu beschränken. Mehrere Gehöfte wurden von dem Feuer ergriffen und eingeäschert.

Kampf mit Mördern. In Rybnik (Ostoberschlesien) überfielen drei Banditen den Bäckermeister Hampel in seinem Laden und verletzten ihn durch mehrere Messerstiche. Hampel, dem seine Schwester zu Hilfe eilte, erstach den einen seiner Angreifer, während die beiden andern lebensgefährlich verletzt wurden. Die drei Burschen waren von einem Bauern gedungen worden, den Bäcker, mit dem der Anstifter in Feindschaft lebte, umzubringen.

Festgenommener Fabrikdirektor. In Berlin wurde der stellvertretende Direktor einer Dresdner Zigarettenfabrik, Robert Hegewald von der Greiling A.G. festgenommen. Die Festnahme erfolgte auf Grund eines telegrafischen Ersuchens der Dresdener Polizeibehörden. Hegewald steht in dem dringenden Verdacht, sehr umfangreiche Steuerhinterziehungen vorgenommen zu haben.

Mörderin Landstrasse. In der Dienstag Nacht stiessen auf einer Strasse zwischen Rodenkirchen und Köln ein Auto und ein Motorrad zusammen. Der Motorradfahrer und sein Begleiter wurden auf der Stelle getötet.

400 Meter tief abgestürzt. Am Watzmann (Bayerische Alpen) stürzte die aus Hannover stammende Angestellte Kulecke tödlich ab. Die Unglückliche hatte ein Schneebrett losgetreten und war 400 Meter tief abgestürzt.

Auf der Konzertreise verunglückt. Auf einer Konzertreise in Ungarn verunglückte der bekannte Hamburger Orgelspieler Professor Alfred Sittart in einer Kirche in Szegedin schwer. Als er den Orgelraum betreten wollte irrte er in der Tür und betrat einen nur mit losen Brettern ausgelegten Raum. Professor Sittart stürzte in die Tiefe und wurde mit schweren Verletzungen ins Szegediner Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Im Busch verirrt? In Wyndham (Westaustralien) wurde in der Nähe einer australischen Missionsstation ein deutsches Wasserflugzeug gefunden. Notizen, die in dem Apparat gefunden wurden, lassen darauf schliessen, dass die Flieger in den Busch gewandert sind. Man nimmt an, dass es sich um das Flugzeug des vermissten deutschen Fliegers Bertram handelt.



Die neue Notverordnung.

Ihre hauptsächlichste Bestimmung.

SPD. Die Notverordnung der von den Nationalsozialisten tolerierten Adelsregierung übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Sie steht durchaus unter Einfluss des Wortes, das am Dienstag der neue Reichsarbeitsminister, ein früherer Kruppischer Direktor geprägt hat, wonach man eigentlich die Sozialfürsorge um die Hälfte hätte streichen müssen. Man legt den breiten Massen neue Lasten auf. Andererseits treten für den Besitz und die hohen Einkommen Erleichterungen ein. Die hohen Militärpensionen werden nicht angerührt. Die hohen Einkommen bleiben von der neuen Beschäftigtensteuer unberücksichtigt.

Kürzung der Renten und Pensionen.

Bei den Invaliden, Angestellten und knappschaftlichen Pensionsversicherungen werden die alten Renten um 6 Mark bei den Invaliden, um 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen pro Monat gekürzt. Bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark verkürzt und der Kinderzuschuss um 2,50 Mark. Der Anteil der Witwen- und Waisenrenten an der Hauptrente - bisher 6 Zehntel und 5 Zehntel - wird auf 5 Zehntel und 4 Zehntel herabgesetzt. Die Unfallrenten, die in der Zeit von 1927 bis 1931 zugebilligt wurden, werden um 15 Prozent vermindert. Bei den übrigen Renten tritt eine Kürzung um 7,5 Prozent ein. Damit sind die Massnahmen noch nicht erschöpft. Ein Verfahren, dass die Rentenbezieher usw. vor den Versicherungsbehörden im Rechtsweg anstrengen, wird mit einer Verwaltungsgebühr belegt. Die Verlautbarung der Regierung gebraucht hier das typische Wort "beschwert", was den Nagel auf den Kopf trifft. Die Zahl der Rentenbezieher soll verringert werden. In der Kriegsopferversorgung tritt eine Verminderung der Sätze an die gekürzten Sätze in der Reichsversorgung und der Sozialversicherung ein. Vor allem werden die Renten der kinderlosen Leichtbeschädigten auf den Stand der Renten der Leichtbeschädigten mit Kindern vermindert.

Kürzung in der Arbeitslosen-, Krisen- und Erwerbslosenversicherung.

In der Arbeitslosenversicherung werden die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 Prozent gesenkt. Dazu tritt eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen. Dadurch sollen erspart werden - - 180 Millionen Mark.

In der Krisenunterstützung wird die Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt. Ausserdem tritt eine Kürzung der Leistungen um 10 % ein. Die um 15 % gesenkten Wohlfahrtssätze werden in der Krisenversicherung als Höchstsätze eingeführt. In der Wohlfahrtsunterstützung beträgt die Senkung der Unterstützungsleistungen 15 %. Man erhofft dadurch eine Einsparung von - - - - - 334 Millionen Mark. Insgesamt treten in der Arbeitslosenfürsorge also Kürzungen im Gesamtbetrage von - - - - - 520 Millionen Mark ein.

Beschäftigtensteuer.

Da das Reich seine Zuschüsse für die Arbeitslosen beschränkt, muss es, um den Etat durchzuführen, 400 Millionen Mark an neuen Steuern aufbringen. Diese 400 Millionen Mark werden ohne weiteres auf Arbeiter, Angestellte und Beamte

abgewälzt. Man zerschlägt also die Sozialversicherung, was das Kabinett Brüning durch die Beschäftigtensteuer verhüten wollte. Das Adelskabinett nennt nun die Beschäftigtensteuer "Abgabe zur Arbeitslosenhilfe". Das klingt ein wenig anders. Dafür ist die vorgesehene Belastung aber weit einseitiger und rückender. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wird von dem Bruttoarbeitsentgelt der Lohn- und Gehaltsempfänger erhoben, das für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis 31. Mai 1933 gewährt wird. Dieser Steuer unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die Ruhegeld oder ähnliche Bezüge haben, Beamte, auch Beamte des öffentlichen Rechts, auch wenn sie in Deutschland nicht ihren Wohnsitz haben. Unter die Steuer fallen weiteren, wenn sich Reich usw. oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts an der Aufbringung beteiligt. Befreit sind Lehrlinge und das "Arbeitsentgelt für vorübergehende Dienstleistung" und für "geringfügige Beschäftigung". Die Abgabe beträgt

bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 Mark monatlich - - - - -	1,5 %
bis zu 300 Mark monatlich - - - - -	2,5 %
bei einem Arbeitsentgelt zwischen 300 und 700 Mark monatlich beträgt die Abgabe für die ersten 300 Mark - - - - -	2,5 %
für die weiteren Beträge - - - - -	5,75 %
Bei einem Arbeitseinkommen zwischen 700 Mark monatlich und 3 000 Mark monatlich beträgt die Abgabe von den ganzen Bezügen - - - - -	5,75 %
Sofern das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 3000 Mark übersteigt, beträgt die Abgabe - - - - -	6,5 %

In diesen Sätzen ist die bisherige Krisenlohnsteuer einbegriffen. Die Bestimmung in der Neuregelung, dass die bisher entrichtete Krisenlohnsteuer wegfällt, hat also nur formale Bedeutung. Die Abgabe für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird auf 1,5 % festgesetzt.

Schonung der hohen Einkommen.

Die hohen Einkommen kommen damit fort, dass die bisherige Krisensteuerveranlagungsrate, die im Oktober 1932 zu zahlen ist, noch eine zweite Rate im Januar 1933 erhoben wird. Eine zusätzliche Belastung wie bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten tritt hier also nicht ein. Die bisherige Leistung wird bis zum 1. Halbjahr 1933 verlängert. Unter diese Bestimmung fallen solche Personen, die ein Einkommen über 16 000 Mark beziehen, also zum Beispiel die Generaldirektorengehälter in Höhe von 100 000, 200 000 Mark und mehr. Auch solche Personen, die aus Kapitalvermögen, Hausbesitz usw. Einkommen haben.

Umsatzsteuer auch unter 5000 Mark.

Vor einigen Monaten hatte das Kabinett Brüning die Bestimmung erlassen, bei einem Umsatz bis 5 000 Mark pro Jahr Umsatzsteuer nicht zu erheben. Diese Bestimmung sollte nicht nur der Vereinfachung und der Kostenersparnis dienen, sondern sollte auch den kleinen Gewerbetreibenden und dem kleinen Handel Erleichterungen bringen. Damit räumt die Notverordnung der Deutschnationalen und der Nazis jetzt auf. Immerhin waren bisher 2 1/2 Millionen Personen im Genuss dieser Erleichterung. Die Umsatzsteuergrenze bis 5 000 Mark wird wieder hergestellt. Das bedeutet eine Belastung bis zu 150 Millionen Mark pro Jahr. Statistisch wird der einzelne Betroffene mit etwa 150 Mark pro Jahr belastet.

Kolonialsteuer.

Zur weiteren Steigerung der Einnahmen greift die Notverordnung auf die Salzsteuer zurück, die vor dem Kriege in Deutschland bestanden hat, dann aber in der Republik ihres unsozialen Charakters wegen abgeschafft wurde. Diese Salzsteuer wird von den Engländern in den Kolonien, bei den Negeren und Indern erhoben. Aber nicht in der Höhe, wie sie die neue Notverordnung vorsieht. Diese kommt auf den ungeheuren Satz von 12 Pfennigen pro Kilogramm. Die Belastung, eine der ärgersten Massenbelastungen, die man sich denken kann, stellt sich auf 70 Millionen Mark pro Jahr.

Senkung der Aufbringungsumlage.

Unter der Aufbringungsumlage versteht man die Steuer, die von den grossen Industriebetrieben erhoben wurde, um die Aufbringung der Reparationslasten durchzuführen. Für das Jahr 1932 hätten 200 Millionen Mark Aufbringungssteuer erhoben werden müssen, von denen 80 Millionen Mark für die Bedürfnisse des Reiches, 90 Millionen Mark für die Osthilfe und 30 Millionen Mark für den gewerblichen Mittelstand (Kredite) bestimmt waren. Für die Aufbringung wird jetzt ein neuer Schlüssel geschaffen. Die Vermögensfreigrenze bleibt bei 500 000 Mark bestehen. Die Umlage wird aber um die Hälfte gekürzt. Dabei entsteht für das Reich direkt ein Verlust von 60 Millionen Mark. Der Osthilfe können nur 45 Millionen zugeführt werden und den gewerblichen Krediten nur 15 Millionen. Hier haben wir es schon mit einer ausgesprochenen Subvention für die Gross- und Schwerindustrie zu tun.

Pfändbarkeit der Kirchensteuer.

Die Reichsgabenordnung wird dahin geändert, dass, soweit es sich um die Pflanzung direkter persönlicher Steuern aus den letzten drei Monaten handelt, der Arbeits- und Dienstlohn unbeschränkt pfändbar ist.

Kontrolle der gemeindlichen Finanzwirtschaft.

Bei den Gemeinden wird das Recht, Unterstützungen für die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, davon abhängig gemacht, dass die regelmässige Prüfung der Haushaltsrechnungen durch eine geeignete unabhängige Stelle und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse satzungsgemäss sichergestellt werden. Das Reich wird also die Beteiligung an der Wohlfahrtshilfe davon abhängig machen, dass Haushalt-, Kassen- und Rechnungsordnungen aufgestellt werden. Dadurch erhält das Reich die Kontrolle über die Finanzwirtschaft der Gemeinden.

Arbeitsbeschaffung.

Die Teile der Notverordnung, die sich auf die Arbeitsbeschaffung beziehen, enthalten keine positiven Angaben. Es wird viel von der Arbeitsdienstpflicht gesprochen, für die 20 Millionen Mark in den Etat eingesetzt sind. Im Übrigen ist die Rede von Hausreparaturen, Strassen- und Wasserbauten, ohne dass man erfährt, was die Regierung nun eigentlich will und wie sie sich die Finanzierung vorstellt.

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 14. Juni, RM je 50 kg, einschl. Fracht, Spesen und Provision). Wirsingkohl 50 kg 7 - 9, Blumenkohl 100 Kopf 12 - 23, do. Suppen 5 - 10, Kohlrabi Freiland gross Schock 1.30 - 2, do. klein 0.40, - 0.70, do. mittel 0.80 - 1.20, Radieschen Schockbund 1.50 - 2, Meerrettich 50 kg 45 - 50, Porree je nach Grösse Schock 1.50 - 3, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bund 3 - 5, Salat Freiland 100 Kopf 3 - 6, do. Dresdener 7 - 10, Spinat 50 kg 8 - 12, Pfefferlinge 45 - 50, Gurken Treibhaus I. und II. 100 Stk. 15 - 25, do. III 10 - 12, do. holl. 18 - 25, Spargel I gebündelt 50 kg 25 - 32, do. lose 22 - 27, Spargel II gebündelt 15 - 20, do. lose 12 - 16, Spargel III gebündelt 8 - 10, do. lose 6 - 8, do. unsortiert 18 - 25, Edel-Champignons 80 - 130, do. II 50 - 80, grüne Bohnen ital. br. 20 - 32, Schoten 16 - 24, Tomaten Treibhaus 30 - 42, Zwiebeln Ägypt. 12 - 14, Rhabarber Freiland 1.50 - 2.

SPD. Die Hamburg=Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, die zum Interessenkreis der Hapag=Lloyd=Union gehört und besonders den Verkehr nach Südamerika an sich gezogen hat, legt in ihrem Abschluss für das Jahr 1931 ihren Sanierungsplan vor. Wie beim Lloyd und bei der Hapag ist ein Kapital=schnitt im Verhältnis von 3 : 1 vorgesehen und man kann auch hier sagen, dass die Sanierung nur als vorläufige Sanierung gedacht ist.

Die Betriebsgewinne haben sich von 6,67 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 4,13 Millionen Mark im Jahre 1931 verringert. Wie die beiden grossen Schwessterkonzerne verweist auch die Hamburg=Süd auf die bösen Auswirkungen der protektionistischen und autarkischen Bestrebungen. Nicht allein, dass die Autarkie den Welthandel frisst, sondern die Folgen gehen auch dahin, dass die ausländischen Staaten in grösstem Ausmass Subventionen für ihre Handelsflotten zahlen, während, wie es im Bericht der Hamburg=Süd heisst, der deutsche Staat von den Riesenreedereien verlangt, dass sie Steuern abführen. Also ein ganz deutlicher Wink, ein deutliches Subventionsgesuch, das die Naziregierung wohl zu verstehen haben wird.

Während Hamburg=Süd noch im vorigen Jahr noch über 5,5 Millionen Mark zu Abschreibungen benutzen bzw. auf neue Rechnung vortragen konnte, ergibt sich diesesmal, ohne Abschreibungen, ein Verlust von 1,105 Millionen Mark. Dazu kommen nun die Abschreibungen auf die Verluste, die während der Krise entstanden sind, auf Verluste, die die wahnsinnigen Frachtkämpfe verursachten und die sich infolge Ueberexpansion einstellten. Vorerst sind dafür fast 26 Millionen Mark erforderlich. Diese Summe wird aufgebracht, indem Vorratsaktien in Höhe von 10 Millionen Mark eingezogen werden. Das so von 40 Millionen auf 30 Millionen Mark verringerte Kapital wird dann im Verhältnis von 3 : 1 beschnitten, sodass 20 Millionen Mark verbleiben. Abgesehen von den stillen Reserven werden die offenen Reserven aufgelöst, was den Betrag von 5,89 Millionen Mark erbringt. So stehen für die Sanierung 25,89 Millionen Mark zur Verfügung.

Nach der Bilanz sind für die Leitung des Unternehmens im verfloßenen Jahre 212 000 Mark für die Leitung des Unternehmens ausgeworfen worden. Inwie weit die Bezüge beim Vorstand und Aufsichtsrat gekürzt worden sind, wird nicht mitgeteilt. Vergleichszahlen für das Vorjahr sind nicht vorhanden. Die Gesellschaft hat sich nach den Bestimmungen der Notverordnung zu einer erweiterten Publizität bereit gefunden, die aber immer noch als ungenügend bezeichnet werden muss.

Berliner Viehmarkt.

(14. Juni)

SPD. Bei höherem Auftrieb als auf dem letzten Markt zogen die Schweinepreise teilweise an. Am Hammelmarkt gab es Preisabflachungen z.T. auch am Kälbermarkt. Der Auftrieb an Rindern genügte.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund - , b. 240 bis 300 Pfund 37-38 (37-38), c. 200 bis 240 Pfund 36-38 (36-37), d. 160 bis 200 Pfund 33-36 (34-35), e. 120 bis 160 Pfund 32-33 (31-32), Sauen 35 (33-35), Schafe: a 35-37 (40-41), b. 32-34 (37-39), c. 27-31 (33-36), d. 15-25 (24-30). Kälber: b. 36-43 (36-45), c. 25-35 (26-38), d. 18-25 (18-25). Kühe: a. 25-27 (27-30), b. 22-24 (23-26), c. 16-21 (18-22), d. 13-15 (13-16).

Gutes Wetter und Kaufkraftverfall.

 (Berliner Getreidebörse vom 14. Juni)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag wieder recht matt. Die Umsatztätigkeit hielt sich in allerengsten Grenzen, da die Mühlen in Anbetracht der unsicheren Lage und des schleppenden Mehlabsatzes keine Ware aufnehmen wollten. Dabei ist aber das Angebot wieder sehr zusammen geschrumpft. Am Lokomarkt konnte sich die Notiz für Weizen behaupten, während Roggen um 1 Mark zurückging. Am Markte der Zeitgeschäfte verloren beide Brotgetreidearten etwa 1 bis 2 Mark. Mehl hatte keinerlei Absatz, obwohl die Mühlen ihre Forderungen teilweise um 25 Pfennig ermässigt hatten. Auch Hafer war schwächer. Der Konsum hielt sich bei ausreichendem Angebot sehr zurück. Dagegen wird berichtet, dass an der Küste billiges Angebot vorliegt, ohne jedoch Aufnahme zu finden.

	<u>13.6.</u>	<u>14.6.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	251 - 253
Roggen	188-190	187 - 189
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	167-173	165 - 171
Hafer	157-161	156 - 160
Weizenmehl	31,25-35,00	31,00-34,75
Roggenmehl	25,50-27,30	25,25-26,20
Weizenkleie	10,40-10,90	10,40-10,00
Roggenkleie	9,80-10,30	9,50-10,30.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 260 (261) September 229 (231), Oktober 229½ (232), Dezember 234 plus Geld (234). Roggen Juli 185 -184½ (186), September 181-180½ (182½), Oktober 182½-181½, Dezember 185½ - 185 (187½). Hafer Juli 173 plus Brief (165) September 147-146 (-).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	Rd	1,15 - 1,35
" " Weizenstroh "	Rd	0,95 - 1,10
" " Haferstroh "	Rd	0,90 - 1,--
" " Gerstenstroh "	Rd	0,90 - 1,--
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	Rd	1,25 - 1,55
Bindfadengepresstes Roggenstroh	Rd	1,15 - 1,35
" " Weizenstroh	Rd	1,-- - 1,15
Häcksel Tendenz behauptet	Rd	1,75 - 2,05
Handelsübliches Heu, gesund und trocken altes	Rd	1,35 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken altes	Rd	2,-- - 2,40
Gutes Heu, gesund und trocken neues	Rd	1,70 - 2,--
Drahtgepresstes Heu	Rd	0,40 über Notiz.

Tendenz still.



Sturm gegen die soziale Reaktion.

SPD. Das Kabinett der Barone, das sich auf die Nationalsozialistische Partei stützt, ist zu Taten übergegangen. Diese Taten liegen in der Richtung der sozialen Reaktion. Jetzt zeigt es sich, was das wahre Wesen der nationalsozialistischen Bewegung ist. Sie ist die Hilfstruppe des reaktionären Unternehmertums, das unter der nationalen Maske die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen treten wird.

Gegen die durch die neue Notverordnung bezeichneten Taten des Kabinetts der Barone hat sich in allen Arbeiterorganisationen ein Sturm der Entrüstung erhoben. Die Organisationstagungen, die zur Zeit stattfinden, haben ausserordentlich scharfe Entschliessungen gegen den Abbau der Sozialpolitik gefasst, so der Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, der in Breslau tagt, und die Tagung des Deutschen Werkmeisterverbandes in Düsseldorf.

Ebenso regen sich die Kriegsopfer. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat sich wegen des Abbaus der Kriegerrenten an den Reichspräsidenten gewandt. Aus allen Gauorganisationen des Reichsbanners schwarz-rot-gold wird der Reichspräsident darauf hingewiesen, dass die Undankbarkeit des Staates gegen die Kriegsopfer, die im Rentenabbau zum Ausdruck kommt, unerklärlich wäre. Er ist daran erinnert worden, dass der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl das Wort von Groener wiederholt, dass Deutschlands ärmster Sohn während des Krieges sein getreuester gewesen sei. Es ist ihm nahegebracht worden, dass es gänzlich unverständlich sei, dass gerade beim ärmsten Teil der Söhne Deutschlands die Einsparung erfolgen soll.

Dieser Proteststurm gegen die soziale Reaktion wird weiter gehen! Jetzt erkennt das Volk, auf welcher Seite in Wahrheit der Kampf für seine Interessen gegen die Reaktion geführt wird, es erkennt, dass die Nationalsozialisten im Lager der sozialen Reaktion stehen!

Die Kriegsopfer an Hindenburg.

SPD. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Telegramm zugestellt:

"Bitten Herrn Reichspräsidenten als deutsche Kriegsopferorganisation, die sich in Treue zur Verfassung nachdrücklichst für Ihre Wiederwahl eingesetzt hat, die von der Reichsregierung vorgesehenen Renten Kürzungen und anderen Verschlechterungen in die Notverordnung nicht aufzunehmen. Not der Kriegsopfer und bisherige Kürzungsmassnahmen sind zu drückend, als dass ohne Schaden für die Gesamtheit der Nation weitere Einschränkungen ertragen werden könnten. Für Kriegerwaisen, deren Bezüge bei Alter über 15 Jahre entzogen werden sollen, wäre dies grösste Enttäuschung in ihrem Glauben an Treue. Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die Volk und Land vorbehaltlos ihre Opfer brachten, erwarten gerechte Behandlung.

Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Protest des Werkmeisterverbandes.

SPD. Der Deutsche Werkmeisterverband Düsseldorf, fasste auf seinem Verbandstag in Mannheim im Namen der 120 000 Werkmeister einstimmig folgende Entschliessung:

"Nach Pressemeldungen, die soeben bekannt werden, beabsichtigt die Reichsregierung, die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung auf sechs Wochen zu verkürzen, in der Versicherung die Hilfsbedürftigkeit einzuführen und gleichzeitig die Unterstützungssätze radikal abzubauen. Treffen diese Absichten tatsächlich zu, so müßten sie helle Empörung und schärfsten Widerstand hervorrufen. Eine solche Sanierung der Arbeitslosenunterstützung mit den Rechenstift bedeutet geradezu eine Gefährdung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens in Deutschland. Der Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes erklärt, dass die volle Verantwortung für alle Folgen dieser Politik auf die Reichsregierung und ihre Hintermänner fällt.

Im Namen des Verbandstages: Buschmann, Vorstandsvorsitzender."

Die Arbeitsopfer wehren sich.

SPD. Der Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands in Breslau fasste folgende Entschliessung:

Der Verbandstag nimmt mit Entrüstung von den Angriffen Kenntnis, die sich gegen die öffentliche und soziale Fürsorge richten. Millionen von Hilfsbedürftigen leben heute unter unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen, weil in der letzten Zeit Kürzungen der Richtsätze und Einschränkungen der Sach- und Sonderleistungen erfolgt sind, die in ihrem Umfange kaum noch die notdürftigste Lebensexistenz garantieren. Daneben sind die vorbeugende wie auch die Gesundheitsfürsorge stark eingeschränkt worden, so dass die allerschlimmsten Auswirkungen konstatiert werden müssen. Grosse Beunruhigung und tiefe Erbitterung und begriffliche Verzweiflungsausbrüche sind die Folgen!

Die grosse Not der Hilfsbedürftigen ist eine Folge der Finanzkatastrophe in den Gemeinden. Dieses Finanzelend ist durch die ungeheuren Aufwendungen für die Wohlfahrtserwerbslosen entstanden. Es ist deshalb auch unmöglich, die Gemeinden die Unterstützungen für die Opfer der Wirtschaftskrise fast ausschliesslich allein tragen zu lassen. Der Verbandstag fordert aus diesem Grunde von der Reichsregierung weitgehendsten finanziellen Beistand für die Gemeinden.

Der Verbandstag wendet sich auch mit Entschiedenheit gegen die Einschränkung der gehobenen Fürsorge. Die Empfänger der gehobenen Fürsorge sind ohnedies schon schwer in ihrem Renteneinkommen geschädigt worden und sie sind doppelt und dreifach geschädigt, wenn die gehobene Fürsorge weiter verschlechtert oder beseitigt werden würde.

Der Verbandstag protestiert ferner mit aller Schärfe gegen die vielfachen Bestrebungen, Hilfsbedürftige und ihre Organisationsvertreter von der Mitwirkung in den Fürsorgeausschüssen (Beiräten) auszuschliessen. Ein solches Verhalten verstösst gegen die Bestimmungen in der Fürsorgepflichtverordnung wie auch gegen die hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen der Länderregierungen. Unser Verband ist als Organisation zur Vertretung der Interessen aller Hilfsbedürftigen anerkannt und die Wohlfahrtsämter und Fürsorgeverbände, die dem nicht Rechnung tragen, verstossen gegen die gesetzlichen Vorschriften. Von den Länderregierungen wird deshalb gefordert, dass sie die Mitwirkung nach den Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung sicherstellen. Darüber hinaus fordern wir von der Reichsregierung:

- a) eine Aenderung der Fürsorgepflichtverordnung § 3a, dahingehend, dass in allen Instanzen, wo über Art und Mass Einsprüche und Beschwerden entschieden wird, die Vertretungen der Hilfsbedürftigen nicht nur mit beratender, sondern mit beschliessender Stimme hinzugezogen werden;
- b) dass bei den Länderregierungen, wo das bisher noch nicht geschehen ist, Landesausschüsse einzusetzen sind. In diesen ist Vertretern unserer Organisation Sitz und Stimme zu gewähren.

Verbandstag der Arbeitsinvaliden.

SPD. Unter gewaltiger Beteiligung der Breslauer und der schlesischen Arbeitsoffer wurde am Sonntag, den 12. Juni 1932, der Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands in Breslau eröffnet.

Der Verbandsvorsitzende Karsten wies in seinem Hauptreferat, das von der schlesischen Sendergruppe übertragen wurde, darauf hin, dass der Verbandstag in eine Zeit der schlimmsten wirtschaftlichen Not und der stärksten politischen Krise fällt. Die Arbeitsinvaliden sind in dieser Zeit ausserordentlich hart betroffen worden. Notverordnungen über Notverordnungen haben den Millionenmassen von Hilfsbedürftigen bitter weh getan. Die Etats der Sozialversicherung sind auf das schwerste erschüttert. Neue grosse Abbaugesfahren drohen! Gegen weitere Eingriffe in das soziale Rechtsgebiet wird sich der Verband mit äusserster Kraft zur Wehr setzen.

Soll und muss gespart werden, so fordern die organisierten Arbeitsinvaliden, dass die Ausgabeseiten im Reichskassenbuch revidiert werden mit dem Ziele, Ausgaben, die in der heutigen Zeit überflüssig sind, einzusparen.

Um die Sozialpolitik in Deutschland mit Erfolg verteidigen zu können, haben aber auch die Arbeitsinvaliden das stärkste Interesse an der Erhaltung der demokratischen Staatsform, die die einzigste Grundlage für den erfolgreichen sozialen Kampf bildet.

Die Arbeitsinvaliden erkennen dankbar an, dass in der Nachkriegszeit sehr erfreuliche Fortschritte auf allen Gebieten der Sozialpolitik gemacht worden sind. Unser Verband hat bei der Erzielung dieser Erfolge in stärkstem Masse mitgewirkt. Heute sind wir leider aus der Zeit des Angriffs heraus und durch die Wirtschaftsnot in die Abwehrstellung gedrängt worden.

Der Reichsregierung muss gesagt werden, dass ebenso sehr wie man der Industrie, den Grossagrariern und den Grossbanken Hunderte von Millionen gegeben hat, mindestens auch die notwendigsten Mittel zur Sanierung der gefährdeten Versicherungszweige gegeben werden!

Durch seine bedeutende wirtschaftliche soziale Arbeit ist der Verband aber auch gleichzeitig zu einer kulturellen Bewegung im wahren Sinne des Wortes geworden. Zwar eine Organisation der Armen und Schwachen, aber trotzdem durch ihre Grösse eine starke gesellschaftliche Macht. Wenn Wirtschaftsnot und politische Krise den grossen Bau der deutschen Sozialversicherung immer stärker gefährden, so sei es die Aufgabe aller Arbeitsinvaliden, durch engsten Zusammenschluss im Zentralverband einen geschlossenen und machtvollen Abwehrkampf zu führen. (Stürmischer Beifall).

Eine Reihe von Vertretern der Behörden und Organisationen nahmen im Anschluss daran das Wort zur Begrüssung. Oberpräsident Lüdemann hiess die Verbandsteilnehmer in der Provinz Niederschlesien und in Breslau herzlichst willkommen. Bürgermeister Mache überbrachte die Grüsse der Stadt Breslau und als Vertreter des Deutschen Städtetages. Für die schlesischen Gewerkschaften wurde der Verbandstag von Ruffert (Breslau) begrüsst. Hermann Müller (Berlin) übermittelte die Grüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Göring (Berlin) übermittelte wärmste Grüsse des AfA-Bundes. Matzner (Wien) überbrachte

die Grüsse der österreichischen Kollegen und gleichzeitig der internationalen Invalidenvereinigung.

Von stürmischem Beifall überschüttet, betrat dann der Reichstagspräsident Löbe das Rednerpult, um die Tausenden zu begrüßen. Er wies auf die ernstesten Veränderungen in der deutschen Reichsregierung und damit im politischen Kurs hin. Es sei zu befürchten, dass die Arbeitsinvaliden die ersten Opfer des neuen Kurses sein würden. Die neuen Machthaber in Deutschland hätten ihre Vorstellung von der heutigen Welt und ihrer Not erworben in gesicherten und satten Lebensverhältnissen und nicht im Not- und Hungerdasein der Arbeiterschaft. Wir leben aber nicht nur in einer Zeit der Not, sondern auch in einer Zeit des Kampfes! Die stolze „Freude erfüllt uns, wenn wir sehen, dass die Arbeiterschaft in all ihren Gruppen von der Jugend bis ins Greisenalter von diesem Kampfesgeist erfüllt ist. Diese Arbeiterklasse kann man trotz alledem nicht niederringen.

Mit gewaltigem Beifall dankte die Versammlung dem Redner für seine zu Herzen gehende Rede. In seinem Schlusswort fand der Verbandsvorsitzende Karsten herzlichste Dankesworte für die Begrüßungsansprachen der Behörden und der Organisationsvertreter.

+ + +

Der Verbandstag nahm am 2. Tage folgende Resolution an:

Durch den starken Einfluss, den die Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit auf die Gesetzgebung auszuüben in der Lage war, ist die soziale Gesetzgebung in ihren wesentlichen Grundzügen stark auf- und ausgebaut worden.

Diese Sozialpolitik hat in ausserordentlichem Masse dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten deutschen Volkswirtschaft gedient und der Arbeiterschaft die notwendigen sozialen Lebensbedingungen mit Erfolg zu sichern versucht.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden stand im Kampfe um den Ausbau der sozialen Gesetzgebung in vorderster Reihe. Die Erfolge auf dem Gebiete der Sozialversicherung sind in starkem Masse Erfolge unseres Verbandes.

Die Wirtschaftskrise, deren Ursache nicht nur durch die Weltwirtschaftskrise bedingt ist, sondern auch durch die absolute Unfähigkeit kapitalistischer Wirtschaftsführung, hat die wirtschaftliche und politische Reaktion erstarken lassen. - Die vereinigte Reaktion berennt seit geraumer Zeit die Grundlagen der deutschen sozialen Gesetzgebung. Sie hat im Laufe der letzten Jahre bereits erhebliche Verschlechterungen erreicht; jetzt glaubt sie zum Generalangriff auszuholen zu können. Die Regierung Brüning ist darum gestürzt worden, weil sie trotz aller Gesetzesverschlechterungen den Wünschen der Reaktion längst nicht weit genug entgegengekommen ist. An ihrer Stelle regiert heute ein Ministerium, zusammengesetzt in seiner Mehrzahl aus Adligen und im übrigen aus Vertretern der kapitalistischen Klasse. Jeglicher Einfluss der Arbeiterschaft ist ausgeschaltet.

Dieses absolut unsoziale Regierungsgebilde hat es sich zur Aufgabe gemacht, all die Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder zu beseitigen und die soziale Lage des arbeitenden Standes in der schlimmsten Weise herunterzudrücken. Ganz offen gibt die neue Regierung von Papen das zu.

In ihrem Aufruf proklamiert sie "die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation". Sie behauptet fälschlicherweise, dass der "Staat" zu einer "Wohlfahrtsanstalt" gemacht, und dass durch die soziale Gesetzgebung die Arbeitslosigkeit gesteigert worden sei. Sie kündigt an, dass sie ihren Willen mit Notverordnungen durchsetzen will.

Die Arbeit der Regierung wurde begonnen mit einem Schlage gegen die Demokratie. Durch Neuwahl des Reichstags, die unter dem Terror der Nationalsozialisten stehen soll, versucht die Regierung der reaktionären Konzentration ein Parlament zu schaffen, das durch einen starken Einfluss der Nationalsozialisten dem Willen der kapitalistischen Reaktion gefügig ist. Offener Staats-

streich der Reaktion droht!!!

In dieser Zeit müssen alle staaterhaltenden sozialen Kräfte zu einer eisernen Kampfesfront zusammengeschweisst werden. Die Arbeitsinvalidenschaft insbesondere hat die Aufgabe in dem Kampfe um die Erhaltung der sozialen Versicherung und der Fürsorge auch die letzten Kräfte aufzubieten.

Das Regiment Papen will in der Sozialversicherung die Ausgaben bis zum letzten drosseln.

Wir wollen, dass den Arbeitsinvaliden, den Unterstützungsempfängern und den Arbeitslosen die sozialen Lebensmöglichkeiten erhalten bleiben!

Der Kampf der Arbeitsinvaliden um ihr Recht ist nur mit Erfolg zu führen durch eine geschlossene machtvolle Organisation. Jetzt heisst es: den letzten Arbeitsinvaliden dem Verbandsführer zuführen, um mit allen Kräften und Mitteln das Lebensrecht der Arbeitsinvaliden zu verteidigen!

SPD. Wie bereits gemeldet, hatte der Schlichter für Baden einen Schieds-spruch für die badische Textilindustrie gefällt, der eine Lohnkürzung vorsah. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern angenommen und seine Verbindlichkeit beantragt. Die Arbeitergewerkschaften hatten ihn abgelehnt und beantragt, demselben die Verbindlichkeit zu versagen. Entsprechend dem Antrage der Gewerkschaften ist der Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt worden.

SPD. Vor einiger Zeit ging durch die Tagespresse unter dem Stichwort "Kassendorado" die Nachricht, dass das Oberversicherungsamt Freiburg/Br. die Dienstordnung einer Krankenkasse in einer Reihe von Punkten beanstandet habe. Dieses Oberversicherungsamt hatte sowohl die Herabsetzung der Besoldung als auch die Verschlechterung einer Reihe anderer Arbeitsbedingungen angeordnet. An diese Mitteilungen wurden hämische Bemerkungen über die Krankenkassen und die Rechtsverhältnisse der Krankenkassenangestellten geknüpft. Gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamtes ist von den beteiligten Verbänden Be-schwerde eingelegt worden. Die badische Regierung hat darauf die Beanstandun-gen des Oberversicherungsamtes in allen Punkten zurückgewiesen und als unbe-gründet erklärt. Sonderbarerweise wurde über diese Entscheidung des Ministeriums in der gleichen Tagespresse nichts veröffentlicht. Wie sich hinterher her-ausstellt, hat die badische Arbeitgeberorganisation die Entscheidung des Ober-versicherungsamtes als willkommenen Anlass zur Diskreditierung der Kranken-kassen und ihrer Angestellten in der Tagespresse missbraucht. Sie findet aber jetzt nicht den Mut, eine entsprechende Berichtigung vorzunehmen. Dieses Spiel der Arbeitgeber zeigt, welches Mass von Demagogie aufgeboten wird, um die Sozialversicherung und ihre Angestellten in der öffentlichen Meinung her-abzusetzen. Dagegen müssen sich die Organisationen der Angestellten und Versi-cherten mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat vier Bergarbeiterverbände und den Zechenverband für Freitag, den 17. Juni zu einer Besprechung über den Lohn- und Manteltarif=Schiedsspruch für den Ruhrbergbau vom 30. Mai in das Reichs-arbeitsministerium geladen.
